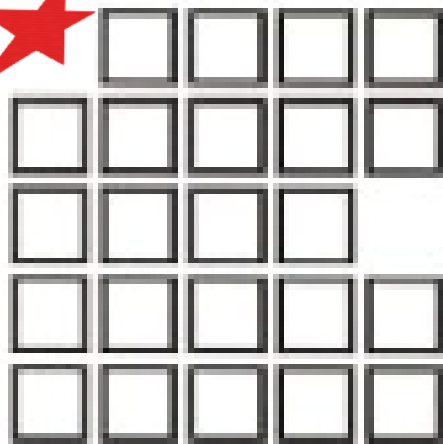




Oktober 2024

Erlanger Rot

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Erlangen



DKP



Nein zu Kriegen

Mit einem gut gefüllten Bus fuhren am 3. Oktober Erlanger Friedensfreund:innen nach Berlin zur Kundgebung. Am Tag der deutschen Einheit setzten dort über 30.000 Menschen ein deutliches Signal an die Bundesregierung.

Sie forderten Verhandlungslösungen zur Beendigung der Kriege in der Ukraine und Gaza statt immer neuer Waffenlieferungen. Die geplante Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen wird abgelehnt. Die Bundesregierung ist außerdem aufgefordert, endlich den Atomwaffenverbotsantrag zu unterzeichnen und Nuklearwaffen aus Deutschland zu entfernen.

Auf der Abschlusskundgebung am Friedensengel in Berlin sprachen u.a. Reiner Braun (Nie wieder Krieg), Gesine Löttsch (Die Linke), Ralf Stegner (SPD), Peter Gauweiler (CSU) und Sarah Wagenknecht (BSW).

Den Beitrag von Abdel-Shafi, Vertreter Palästinas bei den UN, dokumentieren wir. Weitere Reden demnächst auf youtube unter dem Stichwort „Nie wieder Krieg“.

Steuergeschenke für Siemens bringen Haushaltsloch für Erlangen

In wenigen Monaten hat sich das überraschende Haushaltsloch der Stadt Erlangen immer mehr ausgeweitet: von zunächst 50, dann 140 auf aktuell 160 Millionen Euro. Ursache sind im Wesentlichen nicht eingeplante Gewerbesteuererstattungen, weil ansässige Großkonzerne Millionenbeträge von den Finanzämtern und nun auch der Stadt zurückfordern.

Der enorme Fehlbetrag im Erlanger Haushalt soll nach dem Willen nahezu aller Stadtratsparteien zu massiven Sparmaßnahmen zu Lasten von Bürgerinnen und Bürgern führen. Personalbedarf, Spielplätze, Schulen, Klimaschutz – die Liste des Streichkonzerts ist lang. Einzig die erlanger linke hält dagegen und lehnt die Pläne ab.

Dabei hatte Oberbürgermeister Florian Janik noch im Januar in seiner Haushaltsrede den Bürgerinnen und Bürgern hohe Steuereinnahmen angekündigt: „Unternehmen ... investieren hier am Standort gerade

**Interview mit Reem Hazzan,
israelische Kommunistin**

**Israel betreibt
modernen Kolonialismus
Seite 3**

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung v. Seite 1: Haushaltsloch...

massiv in ihre Zukunft und sie vertrauen darauf, dass es hier in Erlangen auch eine positive Zukunft für sie gibt.“

Mit Blick auf die Bilanzen etwa der Siemens AG oder der Medizintechnik-Tochter Siemens Healthineers AG kann getrost von goldenen Zeiten gesprochen werden, wie die Gewinne der vergangenen Jahre zeigen

(Angaben in **Milliarden** Euro, Gewinn nach Steuern).

	2020	2021	2022	2023
Siemens AG	4,2	6,7	4,4	8,5
Siemens Healthineers AG	1,4	1,7	2	1,5

Da beide Konzerne auch in den kommenden Jahren mit glänzenden Geschäften rechnen, beruhen die geforderten Rückzahlungen wohl auf der geschickten Nutzung verschiedener Steuerschlupflöcher. So ist etwa der Ankauf von Unternehmen als Betriebsausgabe von der Steuer abzusetzen. Das gilt allerdings nur für – tja, wiederum Unternehmen. Wer als ganz normale Beschäftigte etwa den Kauf eines neuen PKW (für die Fahrten zur Arbeit) oder einer neuen Waschmaschine als „Betriebsausgabe“ von der Lohnsteuer abziehen möchte, wird beim Finanzamt nur ein müdes Lächeln ernten. Übrigens hat Siemens Healthineers vor einigen Wochen für 200 Millionen Euro eine Diagnostiksparte von Novartis gekauft.

Noch bekannter sind spätestens seit geleakten Panama- oder Paradise Papers diverse Steueroasen in der EU und darüber hinaus. Für weltweit tätige Konzerne bietet sich etwa die Verrechnung von Lizenzen, Patenten oder Dienstleistungen an – bei

eigenen Firmen mit Sitz in Steuerparadiesen, versteht sich. Wer in den Paradise Papers blättert, wird schnell fündig: Sowohl die Siemens AG als auch die Siemens Healthineers AG haben da entsprechende Firmen in den Büchern stehen: Fast Track Diagnostics und FTD Europe Ltd., mit Firmensitzen in einschlägigen Niedrigsteuerländern von Luxemburg über Malta bis (neu!) auch Indien.

Zwar sollten innerhalb der EU diese Schlupflöcher geschlossen werden, die Bundesregierung aber steht seit Jahren auf der Bremse. Der im Jahr 2021 für einen entsprechenden Gesetzesentwurf zuständige Finanzminister heißt Olaf Scholz und ist heute Bundeskanzler.

Der Selbstbedienungsladen für Konzerne und Superreiche bleibt unter der schützenden Hand aller bisherigen Regierungen weiter geöffnet. Welche „kreativen“ Steuergestaltungen die für die Erlanger Haushaltsmisere verantwortlichen Konzerne auch genutzt haben mögen, so ist jedenfalls festzustellen, dass Haushaltskürzungen zu Lasten der Bevölkerung nicht nur asozial und undemokratisch sind, sondern auch keine Lösung bieten. Gegen die Verarmung der Kommunen müssen sich nun alle Parteien im Stadtrat stark machen. Am besten mit einem Brandbrief an die Regierung und an „ihre“ Parteivorstände. Sie wären damit nicht allein. Im Juli diesen Jahres hat der deutsche Städtetag angesichts dramatisch ansteigender Schulden in Städten und Gemeinden von einer „dauerhaften Schieflage“ gesprochen und die Bundesregierung aufgefordert, „mit ihrer Finanzpolitik grundlegend umzusteuern“.

Die erlanger linke lehnt nicht nur Kürzungen zu Lasten der Bevölkerung ab, sie fordert, dass die Bundesregierung auch dem Wettbewerb der Kommunen untereinander um den niedrigsten Gewerbesteuersatz einen Riegel vorschiebt.

An diesem Strandabschnitt auf Malta hat die Siemens-Tochter FTD Europe Ltd. eine Betriebsstätte



„Die öffentliche Hand darf sich nicht derart auf der Nase herumtanzen lassen. Auch große Firmen müssen Steuern zahlen.“

•Beschäftigte, Spielplätze, Schulen, Fahrradwege müssen bleiben!

•Steuerparadiese und Schlupflöcher für das große Geld müssen endlich geschlossen werden!

Besser Freude für alle - als Freude für Siemens-Eigentümer.

Der Krieg im Nahen Osten, die Repressionen in Israel und der Kampf dagegen

Ein Interview mit Reem Hazzan



Reem Hazzan (Foto: The Communist Party of Israel)

UZ vom 20. September 2024

Mehr als 40.000 Tote in Gaza, dazu unzählige noch verschüttete Opfer, die Ausweitung des Krieges auf die Westbank, Angriffe Israels auf den Libanon und Syrien. Unter den Augen der Welt tobt ein Genozid an den Palästinensern. Doch auch in Israel regt sich Widerstand gegen die zionistische Kriegspolitik der Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Auch diesem Widerstand wird mit Repressionen und Gewalt begegnet, selbst wenn er sich „nur“ auf die Forderungen nach einem Deal zur Freilassung israelischer Geiseln bezieht. UZ sprach darüber und über die Frage, was der rassistische Zionismus dem Imperialismus nützt, mit Reem Hazzan, der Internationalen Sekretärin der Kommunistischen Partei Israels.

UZ: Reem, fassungslos blickt die Welt auf den Krieg der israelischen Regierung gegen das palästinensische Volk. Kannst du uns etwas darüber sagen, wie die Gesellschaft in deinem Land den aktuellen Konflikt sieht?

Reem Hazzan: Jahre der Besatzung, der Belagerung, des zunehmenden Militarismus und der Aufwiegelung gegen das palästinensische Volk haben die israelische Gesellschaft zu der Überzeugung gebracht, dass das palästinensische Volk kein Recht auf Leben und Freiheit hat. 30 Jahre nach den Osloer Abkommen – die offensichtlich nie dazu gedacht waren, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu schaffen – scheinen die

Hoffnungen auf Frieden unrealistisch und unwichtig zu sein. Die Regierung Netanjahu hat das Trauma der Menschen hier nach dem Angriff vom 7. Oktober auf zynische Weise ausgenutzt, um die Massaker in Gaza fortzusetzen und jede Chance auf einen Waffenstillstand und ein Abkommen für alle zu sabotieren.

Hinzu kommt, dass der Aufstieg der extremen religiösen Rechten an die Macht, der auch die schmalen übriggebliebenen Ränder der Demokratie untergräbt, zu

einer Situation geführt hat, in der die israelisch-jüdische Gesellschaft, getrieben von einem kollektiven Trauma, vor allem die Rückkehr der israelischen Geiseln fordert, nicht aber ein umfassendes Abkommen, kein Ende dieses völkermörderischen Krieges in Gaza und keine dauerhafte Lösung. Die kontinuierliche Unterstützung der israelischen Politik durch die westlichen Mächte unter Führung der US-Regierung ist ein Beweis für die heuchlerischen Positionen und die Doppelmoral, wenn es um das Leben der Palästinenser geht. Es sind dieselben Kräfte, die in den letzten 20 Jahren den Irak, Afghanistan, Syrien, den Jemen oder Libyen überfallen und zerstört haben. Eine solche Geisteshaltung, eine solche Unterstützung vermittelt der israelischen Gesellschaft die Botschaft, dass sie das Recht haben, zu töten und zu besetzen. Wir wissen sehr gut, wie internationale Sanktionen wirken, wenn ein Land den Interessen des Westens oder der NATO „trotzt“. Nicht so im Fall von Israel. Die diplomatische und militärische Unterstützung, die Israel erhält, signalisiert nicht die Absicht, den Krieg gegen das palästinensische Volk zu beenden.

Innerhalb der israelischen Bevölkerung gibt es die palästinensische Gesellschaft – Palästinenser, die nach der Nakba 1948 auf ihrem Land und in ihren Häusern geblieben sind. Seit dem Beginn des Krieges hat der Faschismus den Geist der Regierung Netanjahu und der Öffentlichkeit klar erfasst, das lässt sich nicht mehr verbergen: Un-

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung v. Seite 3

terdrückung, Verfolgung von Arbeitern, Künstlern und Aktivisten, Verhaftungen, strenge Beschränkungen jeglicher politischer Aktivität, die sich klar gegen den Krieg in Gaza richtet, Verfolgung unserer Abgeordneten (*die KP Israels ist Teil der Listenverbindung Chadasch – Die Demokratische Front für Frieden und Gleichberechtigung, die in der Knesset vertreten ist, Anm. d. Red.*) und der echten linken Juden in Israel, die sich dem Völkermord und dem Militarismus widersetzen. Premierminister (oder Hauptverbrecher) Netanjahu sagte bereits im Oktober, dass Israel an vier Fronten kämpft: in Gaza, im besetzten Westjordanland, im Norden – Hisbollah und Iran – und innerhalb Israels, wobei er sich auf die palästinensischen Bürger Israels bezog.

Es ist wirklich eine Katastrophe, dass die Öffentlichkeit in Israel die Massenvernichtung und den Hunger in Gaza, die ethnischen Säuberungen im Westjordanland und die täglichen Verbrechen der von der israelischen Armee unterstützten und bewaffnete Siedler nicht sehen will oder sich nicht dafür interessiert. Dieser Krieg hat die Gewinne der israelischen Rüstungsindustrie um 24 Prozent gesteigert. Das Einkommen von über 150.000 Familien in Israel hängt von der Militärindustrie ab. Die militärische Unterstützung, die Israel von den USA und Europa erhält, kommt sicherlich der Militärindustrie in diesen Ländern zugute. Diese Unternehmen sind auf Kriege und Konflikte angewiesen, um ihre Produkte zu testen und sicherzustellen, dass sie „der Sache dienen“.

UZ: Wie sind die sozialen Auswirkungen der aktuellen israelischen Kriegspolitik?

Reem Hazzan: Der neue Haushaltsvorschlag sieht nun vor, den Menschen, die sie brauchen, alle „Sozialleistungen“ zu streichen. Die Lebenshaltungskosten, die ohnehin schon schrecklich hoch waren, haben noch einmal deutlich zugenommen. Die neuen Steuern werden die Arbeitnehmer, die Behinderten, die älteren Menschen, die Alleinerziehenden und die Mittelschicht treffen – nicht die großen Unternehmen und das Kapital. Die Kriegskosten gehen zu Lasten der Arbeitnehmer und der Schwachen – falls die Reichen darunter zu leiden beginnen sollten, könnten die Behörden eine Änderung in Betracht ziehen.

Zehntausende sind in diesen Tagen auf der Straße und obwohl wir in vielen politischen Fragen nicht mit ihnen übereinstimmen, muss ich das extrem brutale Vorgehen der Polizei zur Kenntnis nehmen, mit dem diese Proteste unterdrückt werden. Man fragt sich,

wann diese Massen begreifen werden, dass diese Unterdrückung auch andere Aspekte ihres Lebens betreffen wird, wenn dieses politische System und die Werte, auf denen es beruht, nicht radikal geändert werden. Es kann keine Demokratie mit Apartheid oder Besatzung oder Faschismus geben.

Es reicht nicht aus, die Absetzung dieser Regierung und den Sturz Benjamin Netanjahus durch Neuwahlen zu fordern – die gesamte Mentalität und Realitätswahrnehmung muss sich ändern, um diesen Krieg tatsächlich zu beenden, und das kann nur durch einen internen Wandel in Israel mit Unterstützung durch internationalen Druck geschehen. Diejenigen, die eine Demokratie in Israel anstreben, können nicht zulassen, dass der Krieg, die Besatzung und der Faschismus weitergehen. Das ist keine gültige Gleichung in der Geschichte der Kämpfe der Menschen für Befreiung und Freiheit.

Fortsetzung Seite 7

Der Zionismus als politische Bewegung entstand Ende des 19. Jahrhunderts. Seinen Begründer, Theodor Herzl, bewegte das Ausmaß des französischen Antisemitismus, das durch den Dreyfus-Skandal ans Licht kam, und die immer wieder aufflammende Pogrome in Osteuropa. Der Aufschwung des Antisemitismus geht mit dem Aufstieg des modernen Imperialismus und seiner extremen Entwicklung des Rassismus als ideologisches Unterdrückungsinstrument einher. Herzl schloss daraus, dass die Juden von den Nationen, in denen sie leben, nicht assimiliert werden können und dass die einzige Lösung der „Judenfrage“ in der Gründung eines „jüdischen Staates“ besteht, in dem alle Juden zusammenkommen. Er entwickelte den Zionismus als eine ethnisch-kulturelle nationalistische Ideologie, die die Errichtung eines jüdischen Staates durch die Besiedlung eines Landes außerhalb Europas anstrebte. Der politische Zionismus ist eine reaktionäre bürgerlich-nationalistische Ideologie, die auf zwei Voraussetzungen beruht: erstens, dass die Juden der ganzen Welt eine Nation bilden, und zweitens, dass der Antisemitismus unheilbar und ewig ist. Diese Sicht sieht die Judenheit in einem biologischen und einem geistigen Sinn als Nation: dass sie die buchstäblichen Nachkommen der Juden der Antike sind und dass sie einen gemeinsamen Hintergrund, ein gleiches „historisches Gedächtnis“, eine gemeinsame Religion und eine gemeinsame Kultur besitzen. Dieses „mystische Band“ können nach diesem Verständnis Nichtjuden nicht verstehen oder teilen. Der Zionismus ist heute die Staatsideologie Israels.

Uns schockiert das Schweigen der Welt

Salah Abdel-Shafi
Ständiger Beobachter
des Staates Palästina bei
der UNO

In einer Video-Botschaft sprach Abdel-Shafi am 3. Oktober zu den Kundgebungsteilnehmer:innen in Berlin. Wir dokumentieren seinen Beitrag.



Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, während wir jetzt reden, sterben Menschen in Palästina und im Libanon. Seit einem Jahr verübt Israel einen Völkermord am palästinensischen Volk im Gaza-Streifen. Es sind mehr als 40.000 Menschen gestorben, die Mehrheit davon Frauen und Kinder. Aber nicht nur im Gaza-Streifen, auch in der Westbank einschließlich Ostjerusalem sterben tagtäglich Menschen bei Angriffen von illegalen jüdischen Siedlern, extremistischen jüdischen Siedlern, unterstützt von der israelischen Armee. Und seit einigen Tagen startete Israel einen Großangriff auf Libanon, wobei auch Hunderte Zivilisten ums Leben gekommen sind und Zehntausende vertrieben wurden.

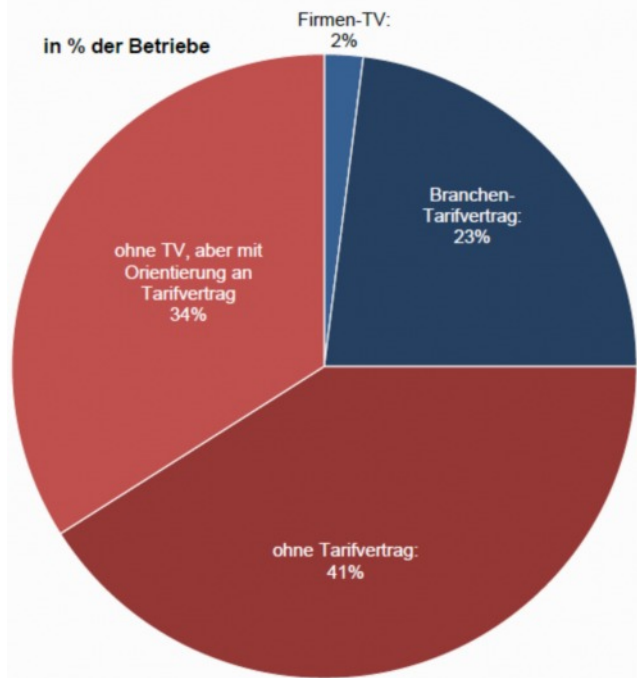
Es überrascht uns nicht, was Israel tut. Israel ist eine brutale Besatzungsmacht, die von einer faschistischen Regierung geführt wird. Was uns aber schockiert, ist das Schweigen der Welt und insbesondere der westlichen Welt. Diese Welt, die uns immer gerne belehrt über Menschenrechte, über Völkerrecht, über das humanitäre Völkerrecht. Diese Welt schweigt. Aber nicht nur schweigt. Sie liefern weiterhin Waffen an Israel, einschließlich Deutschland. Sie liefern Geld, finanzielle Hilfe an Israel. Sie unterstützen Israel politisch und diplomatisch. Das ist, was schockierend bei der ganzen Sache. Ein Völkermord, was live in Fernsehstationen stattfindet – und die Welt schweigt. Und lassen Sie mich eins sagen: Wer schweigt, ist ein Mittäter und auf der falschen Seite der Geschichte! Neulich hat der Internationale Gerichtshof in einer konsultativen Meinung

gesagt, dass die israelische Besatzung illegal ist, und sie muss beendet werden, so schnell wie möglich. Und das alle Staaten der Welt eine Verpflichtung haben, dabei zu helfen, ein Ende zu setzen für diese Besatzung. Und daraufhin gab es eine UNO-Generalvollversammlung-Resolution, die basiert auf dieser Meinung, und die fordert das Ende der Besatzung innerhalb eines Jahres. Was ist dann passiert? Natürlich: Die überwältigende Mehrheit der Welt hat dafür gestimmt. Aber leider, mit Bedauern haben wir festgestellt, dass die Mehrheit der europäischen Länder sich der Stimme enthielten. Und das ist meines Erachtens ein Skandal. Wenn sogar die höchste juristische Instanz der Welt nicht respektiert wird von Ländern, die behaupten, sie seien für Demokratie und Menschenrechte und Völkerrecht.

Liebe Freunde, es droht eine Katastrophe im Nahen Osten, und Europa wird dabei nicht unberührt bleiben. Die Probleme des Nahen Ostens wirken sich aus auf Europa. Und deswegen brauchen wir die Stimme des Friedens. Deswegen brauchen wir alle Menschen, die auf die Straße gehen gegen Völkermord, für Frieden und Freiheit, gegen die Lieferung von Waffen an Israel, und dass Israel endlich zur Rechenschaft gezogen wird. Alles, was wir wollen als Palästinenser, in Freiheit zu leben in unserem eigenen Staat, genauso wie jedes andere Volk. Vielen Dank.

Arbeiten zum Niedrigstlohn

Forscher der Universität Duisburg-Essen haben nachgefragt: Wie sieht es denn mit tariflicher Bezahlung aus? Die Zahlen sind erstmals auch für den Westen Deutschlands schockierend. Nur noch ein Viertel der Betriebe zahlt Tariflöhne.



Weil das vor allem die Großkonzerne sind, arbeiten zwar noch die Hälfte der Beschäftigten für Tariflöhne, aber was ist mit den anderen?

In immer mehr Branchen von der Gastronomie über Einzelhandel und Paketzustellung bis zum Friseurhandwerk werden nur noch Niedrigstlöhne bezahlt. Unterste Grenze ist der gesetzliche Mindestlohn.

Der liegt derzeit bei 12,41 Euro, ab Januar 2025 steigt er auf 12,82 Euro - brutto, wohlgermerkt. Bei durchschnittlichen Abzügen für Sozialversicherungen und Lohnsteuer ergeben sich netto beispielsweise:

	Brutto	Netto
35-Stundenwoche	ca. 1.952 €	ca. 1.366 €
40-Stundenwoche	ca. 2.231 €	ca. 1.562 €

Die Bundesregierung freut sich, dass es den Betrieben gut gelungen ist, die Löhne anzupassen. Ob es den Beschäftigten auch so gut gelingt, mit den Niedrigstlöhnen auszukommen, interessiert

Regierung und Arbeitgebervertreter eher nicht.

Allein dem DGB ist aufgefallen, dass der Mindestlohn zum Leben nicht reicht - und Armutsrenten vorprogrammiert sind.

Die Gewerkschafter haben diesen geringen Erhöhungen nicht zugestimmt! Der DGB hält mindestens 14 Euro pro Stunde für erforderlich.

Gegen Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen können wir was tun. Gemeinsam - und nicht allein.

Am besten organisiert in den Gewerkschaften und im Kampf um Tarife, die für alle gelten.

Isa Paape

Sie haben Fragen zum Mindestlohn? Oder zum Tariflohn? Melden Sie sich gerne unter info@dkp-erlangen.de



Fortsetzung v. Seite 4

UZ: Während das israelische Militär die Menschen in Gaza bombardiert, haben die Siedler in der Westbank eine weitere Front gegen die dort lebenden Palästinenser eröffnet. Kannst du uns beschreiben, was dort vor sich geht?

Reem Hazzan: Die Front im Westjordanland ist schon seit langem eröffnet. Seitdem diese Regierung an die Macht gekommen ist, haben die Pogrome und Übergriffe der Siedler an Intensität zugenommen und seit Oktober letzten Jahres haben sie freie Hand, alle Verbrechen gegen Palästinenser zu begehen. Seit

meinden im Westjordanland werden täglich von Siedlern angegriffen, die von der israelischen Armee beaufsichtigt und bewaffnet werden. Sie stehen Viehherden, zerstören Ernten, brennen Autos und Häuser nieder. Die täglichen physischen Angriffe haben dazu geführt, dass etwa 20 dieser Gemeinden ihr Land verlassen haben, um einen sichereren Ort zum Leben zu finden. Die Invasion des Flüchtlingslagers Dschenin durch die israelische Armee, die Zerstörung der Infrastruktur, von Häusern und Geschäften, die Bombardierung von Zivilisten mit Drohnen und die Unterdrückung jeglicher Anzeichen von Widerstand gegen die Besat-



Die Kommunistische Partei Israels ist die einzige Partei, die palästinensische und israelische Mitglieder vereinigt.

Oktober wurden mehr als 600 Palästinenser von der israelischen Besatzungsarmee im Westjordanland getötet, darunter mehr als 140 Minderjährige. Bereits 2017 stellte der jetzige Finanzminister Bezael Smotrich (selbst ein Siedler) den „Israel's Decisive Plan“ vor – eine klare Anweisung an die Regierungsstellen, mit den Vorbereitungen für die Ansiedlung einer weiteren halben Million Siedler im Westjordanland zu beginnen. Das bedeutet, dass es nach seinen Plänen niemals einen unabhängigen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 geben wird und keine Palästinenser im Westjordanland bleiben werden, um diesen Plan umzusetzen. Die palästinensischen Ge-

zung im gesamten Westjordanland zeigt deutlich: Sie wollen diese Orte unbewohnbar machen – genau wie Gaza.

UZ: Der Internationale Gerichtshof hat im Juli entschieden, dass die jüdischen Siedlungen illegal sind. Wie werden solche internationalen Gerichtsentscheidungen oder UN-Resolutionen von der israelischen Gesellschaft aufgenommen?

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Rem Hazzan: In der Nakba und bis heute im Westjordanland und im Gazastreifen besteht die Agenda der israelischen Regierung darin, die rassische Vorherrschaft über alle von ihr kontrollierten Gebiete zu erlangen. Die Aneignung natürlicher Ressourcen, die Vertreibung von Menschen von ihrem Land, all das ist moderner Kolonialismus im Dienste des Imperialismus.

Die Siedlungen im Westjordanland werden schon seit langem als illegal eingestuft, auch von der US-Regierung und der Europäischen Union. Aber es wurden nie wirkliche Schritte unternommen, um aus dieser Bewertung Schlussfolgerungen zu ziehen und umzusetzen und tatsächlich alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Siedlungen aufzulösen und einen unabhängigen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 zu errichten, mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und einer Lösung, die zur Rückkehr der Flüchtlinge gemäß den UN-Resolutionen führt.

Israel hat die Resolutionen der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates in den letzten 77 Jahren ignoriert. Die israelischen Regierungen haben jahrzehntelang das Völkerrecht ignoriert, ohne dass dies Konsequenzen hatte. In der Vergangenheit haben führende israelische Politiker international vielleicht ihre diplomatische Rolle besser gespielt, aber heute sieht die Welt zu, wie eine ganze Bevölkerung ausgelöscht wird. Wenn die israelischen Mainstream-Medien systematisch die Positionen und die Agenda der Regierung wiedergeben, ist es das, was die Öffentlichkeit verinnerlicht. Warum also sollten die Mainstream-Israelis denken, dass es falsch ist, wenn Israel in jedem Krieg von den Konsequenzen freigesprochen wurde? Warum sollte ein normaler Israeli im Jahr 2024, nach jahrelanger Gehirnwäsche durch die Medien und das Bildungssystem, das internationale Recht oder seine Resolutionen respektieren, wenn Israels aufeinanderfolgende Regierungen die Vereinten Nationen verhöhnt haben und die USA bei jeder bedeutenden Entscheidung ein Veto einlegen? Die israelische Gesellschaft respektiert diese Resolutionen nicht, weil ihre Regierung seit 1947 nie für Verstöße gegen sie zur Rechenschaft gezogen wurde.

Die Massendemonstrationen, die ein Ende dieses Krieges und der ethnischen Säuberung fordern, geben dem Kampf und der Standhaftigkeit des palästinensischen Volkes große Kraft. Sie sollten sich zu

einer tatsächlichen Änderung der Politik in Bezug auf die militärische Unterstützung und die Bemühungen um die Anerkennung eines palästinensischen Staates entwickeln, da dies unmittelbare Auswirkungen auf den Status der Palästinenser haben könnte.

UZ: Du hast schon von den Repressionen gegen die Proteste gegen die Regierung berichtet. Du selbst wurdest im August von der Polizei verhaftet. Was war geschehen?

Reem Hazzan: Israel ist schon seit langem auf dem Weg zum Faschismus. Apartheid, Rassismus, extremer Nationalismus sind an der Tagesordnung. Seit Oktober waren wir von der Kommunistischen Partei Israels die ersten, die gegen den Krieg auf die Straße gingen. Unsere Proteste wurden unterdrückt und jede von uns geplante Aktivität wurde von der Polizei verboten – sogar in geschlossenen Räumen!

In Haifa plante die Ortsgruppe der Kommunistischen Partei Israels im Rahmen unserer humanitären Hilfskampagne #Think_Gaza – eine Kampagne, die wir im Mai gestartet hatten, um Spenden für humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza zu sammeln – eine Vorführung des neuen Films des Regisseurs und Genossen Muhammad Bakri, „Janin Jenin“ (Der Fötus von Jenin, eine Fortsetzung des 2002 gedrehten Films über das Lager Jenin „Jenin, Jenin“, der 2022 vom israelischen Gericht verboten wurde). Die faschistische Rechte begann einige Tage vor der Veranstaltung, gegen uns zu hetzen. Ich wurde festgenommen und stundenlang von der Polizei verhört, weil wir angeblich den verbotenen Film vorführen wollten. Später wurde ich freigelassen, nur um am nächsten Tag vorgeladen zu werden und vom Polizeichef von Haifa eine Anordnung zur Schließung unserer Büros überreicht zu bekommen, in der behauptet wurde, dass die Vorführung des Films „Belästigung oder Unordnung“ verursachen würde. Die Polizei wusste, dass es sich um einen anderen Film handelte, und sie wusste auch, dass sie uns die Vorführung des Films nicht verbieten konnte. Daher griff sie zu anderen Mitteln, die es ihnen ermöglichten, unsere Büros zu schließen. Das ist etwas, was wir nicht einmal während des Militärregimes, das 1966 endete, erlebt haben. Das war ein weiterer Beweis für Faschismus. Die Polizei ist zu einem Instrument in den Händen von Itamar Ben-Gvir geworden, um Palästinenser und die Linke

Fortsetzung Seite 9

**UZ KOSTENLOS TESTEN!**
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

in Israel zu unterdrücken. Wer sonst als eine kriminelle Regierung, die eine Eskalation anstrebt, übergibt das Ministerium für Innere Sicherheit an eine Person, die wegen Terrorakten verurteilt wurde?

UZ: Die Kommunistische Partei Israels ist die einzige Partei in Israel mit Mitgliedern aus beiden Völkern. Kommunisten begründen ihren Standpunkt mit einer marxistischen Klassenanalyse. Inwieweit können wir den Konflikt zwischen Israel und Palästina als einen Klassenkonflikt verstehen?

Reem Hazzan: In Israel, wie auch anderswo in der Welt, gibt es in der Tat eine Bourgeoisie, eine Arbeiterklasse, eine Mittelschicht, ein Kleinbürgertum, eine Schicht relativ privilegierter Arbeiter und hart arbeitender Angestellter und sicherlich auch Schichten, die unter chronischer Arbeitslosigkeit leiden, sowie verschiedene Randgruppen. All das gibt es, aber angesichts der Rolle, die Kolonialismus und Rassismus von Anfang an bei der Gestaltung der Klassen-

Ortstypen ist von großer Bedeutung für die sozioökonomische Schichtung und den Aufbau von Klassen und sozialen Machtverhältnissen in Israel. Es ist unmöglich, die Klassen in Israel zu beschreiben und ihre Farbe zu ignorieren, so wie die Diskriminierung von Arabern nicht nur als nationale Angelegenheit betrachtet werden kann, die ihren sozialen Status nicht berührt, und so wie es falsch ist, die Mizrachim-Frage als rein kulturelle Angelegenheit zu betrachten.

Wie kann man den Klassenkampf verstecken und ihn für das allgemeine Auge unsichtbar machen? Indem man ihn mit nationalen Kämpfen überlagert, indem man Angst vor dem „Anderen“ hat und sich aktiv Feinde schafft – so wie in diesem Fall. Es ist kein Kampf zwischen Arabern und Juden, es ist ein Kampf zwischen den Palästinensern – und den arabischen Völkern der Region – und dem Zionismus – einer rassistischen kolonialistischen Bewegung, die ihr alleiniges Eigentum an diesem Land und weiteren Ländern erklärt. Ich bin mir nicht sicher, ob wir dies als einen Konflikt zwischen Israel und Palästina bezeichnen können, da es keinen souveränen palästinensischen Staat gibt. Israel führt Krieg gegen das palästinensische Volk. Wir haben die zionistische Bewegung immer als eine rassistische Bewegung und als die handelnde Hand des Imperialismus in der Region definiert – und damit nicht nur als Unterdrücker der lokalen Gemeinschaften, sondern auch als Wohltäter der internationalen Konzerne und Interessen.



Trotz Repressionen geht die KP Israels auf die Straße.

Der Klassenkampf in Israel ist sehr gut versteckt. Wir arbeiten daran, ihn aufzudecken, indem wir die gemeinsamen Interessen der Arbeiter beider Völker angesichts der neoliberalen Politik, der Privatisierung, der Lebenshaltungskosten und des Angriffs der Regierung auf die Rechte der Arbeiter hervorheben. Es ist nicht leicht, da die rassistische Politik und die rassistischen Praktiken in Israel per Gesetz die Juden gegenüber den palästinensischen Bürgern in fast allen Bereichen bevorzugen – im Bildungswesen, im Verkehrswesen, in den Industriegebieten, bei der Finanzierung der lokalen Behörden und beim Ausbau der Infrastruktur.

struktur gespielt haben, reichen die Konzepte der besitzenden Klasse (Verbindung von Klasse und Position in Bezug auf die Produktionsmittel) nicht aus, um die komplexe soziale Realität zu beschreiben, in der wir leben und auf die wir einzuwirken versuchen. Mit anderen Worten, die Trennung zwischen Juden und Arabern, zwischen Juden und Nichtjuden, zwischen verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen und zwischen Bewohnern verschiedener

Fortsetzung von Seite 9

Um den Kommunismus, eine sozialistische Gesellschaft, zu fördern, müssen wir als strategisches Ziel die Ausbeutung und Unterdrückung aufheben. Um Solidarität aufzubauen und den verschiedenen Gruppen zu ermöglichen, den gemeinsamen Kampf zu sehen, müssen wir den besonderen Kämpfen jeder Gruppe Raum und Legitimität geben – und die verschiedenen Gruppen in diesem Sinne stärken. Die Unterdrückung der Wahrnehmung rassistischer (arabisch-jüdischer) oder diskriminierender Aspekte zwischen verschiedenen jüdischen Gruppen ist Unterdrückung an sich und Ignoranz gegenüber den Machtverhältnissen in dieser Gesellschaft. In dieser Welt müssen wir die Definitionen von Klassen und Machtverhältnissen erweitern, um die Ziele unseres Kampfes besser definieren und kennzeichnen zu können. Deshalb sagen wir in der Kommunistischen Partei Israels, dass die arabisch-jüdische Partnerschaft innerhalb der israelischen Gesellschaft ein geeignetes Mittel ist, um diese Strukturen der Unterdrückung und Ausbeutung zu zerschlagen und aufzuheben, und das Mittel, um eine Gesellschaft aufzubauen, die von rassistischer Vorherrschaft, Kolonialismus und Arbeiterausbeutung befreit ist.

Itamar Ben-Gvir

ist der Vorsitzende der Partei Otzma Jehudit, deren Ideologie auf dem Kahanismus fußt – einer gewalttätigen rassistischen Bewegung, die die Vertreibung der Palästinenser aus Israel, dem Gazastreifen und der Westbank fordert. Seit 2022 fungiert er in Netanjahus Kabinett als Minister für nationale Sicherheit. Als Siedler im besetzten Westjordanland wurde er bisher acht Mal verurteilt wegen Anstiftung zum Rassismus sowie Unterstützung und Propaganda für terroristische Organisationen.

„Mizrachim“

„Gemeinschaften des Ostens“) werden in Israel jüdische Bürgerinnen und Bürger bezeichnet, die aus der muslimischen Welt zugewandert sind. Er wird fast ausschließlich auf Nachkommen jüdischer Gemeinschaften aus Nordafrika und Asien angewandt. Sie sind im überwiegend westlich geprägten Israel oft sozialer Ausgrenzung unterworfen.



Die
DKP - Erlangen
trifft sich regelmäßig
vierzehntägig.

Unsere Adressen:
info@dkp-erlangen.de
www.dkp-erlangen.de

Empfohlene Links

Erlanger Sozialforum www.erlanger-sozialforum.de

Erlanger Bündnis für den Frieden www.frieden-erlangen.de

Bundesausschuss Friedensratschlag <https://friedensratschlag.de>

V.i.S.d.P.: Werner Lutz, Nürnberger Str. 45, 91052 Erlangen